Altlasten und Ewigkeitskosten

NRW: Nur eine gerechte Lösung wird vom Land akzeptiert

Während zur gleichen Zeit in Berlin Politiker aus Land und Bund, Gewerkschaft und Unternehmensvertreter zum Kohlegipfel zusammentrafen, erwartete der Landtag am 7. Februar eine Unterrichtung der Landesregierung mit dem Titel „Neue Chancen für NRW – Ende des Steinkohlenbergbaus in Deutschland". Den Vorstoß der Oppositionsfraktionen, die Landesregierung zu bitten, sie möge ihre Unterrichtung verschieben, bis die Ergebnisse des Kohlegipfels vorliegen, lehnte die Mehrheit der Abgeordneten ab.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) stellte mit Blick auf die laufenden Verhandlungen in der deutschen Hauptstadt fest: „Eine Entscheidung gegen die Interessen unseres Landes und seiner Steuerzahler werden wir nicht akzeptieren." Der Ministerpräsident des Landes werde „heute und in Zukunft keine Entscheidungen akzeptieren, die den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen zuwiderlaufen". Allerdings gebe es Hinweise auf ein „gewisses Zugehen des Bundes auf NRW-Positionen". Das betreffe sowohl die Dauer und Höhe der künftigen Kohlehilfen aus NRW als auch die Ausfallhaftung für eine mögliche Deckungslücke bei den Alt- und Ewigkeitslasten.

Die Ministerin zeichnete den Zusammenhang zwischen Börsengang der RAG AG mit ihrem „weißen" Bereich und der Bewältigung der Hinterlassenschaften des Bergbaus in NRW und im Saarland auf. Sie verwies auf die unstrittigen Punkte des angestrebten Kohlekompromisses: Einstellung der staatlichen Hilfen für den deutschen Steinkohlenbergbau im nächsten Jahrzehnt und damit Beendigung des Steinkohlenbergbaus in Deutschland. Der Abschied von der Steinkohle werde dabei sozialverträglich gestaltet. Eine weitere wichtige Weichenstellung sei die Absicht, dass die Anteile an der RAG von den derzeitigen Gesellschaftern zum symbolischen Preis von einem Euro an die zu gründende Stiftung übertragen werden und dass die Stiftung das vorhandene Vermögen für die öffentliche Hand zur Abdeckung der Folgen des Steinkohlenbergbaus sicherstellt.

Der von der SPD ins Spiel gebrachte Sockelbergbau sei weder energiepolitisch noch sozialpolitisch zu begründen und entspreche eher „parteipolitischem Klienteldenken". Das Thema habe zur Verzögerung um drei Monate beigetragen und die Diskussion massiv behindert. Thoben: „Ohne die Sockeldiskussion wären wir heute weiter." Da könne man der Landesregierung, die in wichtigen Fragen noch Gesprächsbedarf feststelle, keine Hinhaltetaktik oder gar Blockade vorwerfen.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Christian Weisbrich (CDU)

Zu den Auswirkungen des Kohleausstiegs meinte die Ministerin, trotz staatlicher Hilfen von 126,8 Milliarden Euro seit 1949 sei es nicht gelungen, den Steinkohlenbergbau in Deutschland wettbewerbsfähig zu machen. Das sei kein Vorwurf an die Unternehmen und die Beschäftigten, vor deren Arbeit sie größten Respekt habe, sondern liege an der Lagerstätte der Kohle. Schon seit Jahrzehnten habe deutsche Steinkohle keine wirtschaftliche Perspektive mehr. Sie trage mittlerweile noch im einstelligen Prozentbereich zur Deckung des Primärenergieverbrauchs bei, da sei es „ökonomisch nur sinnvoll, die Kohle am Markt zu kaufen und den eigenen Bergbau auslaufen zu lassen". Thoben: „Wir wollen die Zukunft gestalten und nicht allein in die Vergangenheit investieren."

Norbert Römer (SPD) zählte die vier Punkte auf, auf die sich die Große Koalition in Sachen Steinkohle Ende Januar dieses Jahres geeinigt habe. Das seien das vitale Interesse des Landes an einer börsennotierten RAG, größte energiepolitische Sicherheit und Wahrung des Zugangs zu den heimischen Lagerstätten, sozialverträgliche Gestaltung des Anpassungsprozesses sowie Haftung des Landes für diejenigen Alt- und Ewigkeitslasten, die nicht durch den Haftungsverbund in der RAG AG gedeckt seien. Römer: „Wir Sozialdemokraten stützen dieses Ergebnis der Großen Koalition, denn drei der von mir genannten zentralen Ziele für NRW wurden bei diesen Verhandlungen bereits erreicht."

In der Frage des Sockelbergbaus habe sich die Landesregierung nicht durchsetzen können, betonte der Sprecher und warf dem Ministerpräsidenten vor, während Zweidrittel der Menschen im Land für einen Sockelbergbau seien, wolle er die Optionsklausel mit aller Macht verhindern und „die Tür zu den Lagerstätten ein für alle Mal verschließen". Dazu betonte Römer: „Die Tür zu unseren Lagerstätten ist nicht verschlossen. Sie ist nur angelehnt. Sie kann und wird im Jahr 2012 wieder aufgestoßen werden. Dessen bin ich ganz sicher."

Die FDP habe den Börsengang der RAG verzögert und damit gegen die vitalen Interessen des Landes gehandelt. Dabei sei ein zügiger Börsengang für das Land entscheidend, um die Alt- und Ewigkeitslasten sowie die Haftungsfragen finanziell abzusichern, unterstrich der Abgeordnete. Obwohl man hier ein vertretbares Ergebnis erreicht hatte, habe der Ministerpräsident auf Druck des Koalitionspartners eine radikale Kehrtwende vollzogen und ein Ende des Bergbaus bereits für das Jahr 2014 gefordert.

Die Landesregierung forderte Römer auf: „Geben Sie den untauglichen Versuch auf, den Kompromiss der Großen Koalition nachverhandeln zu wollen!" Auch die Bergleute und die gesamte RAG AG sollten „aus der Geiselhaft für Ihre politisch motivierten Ausstiegspläne" entlassen werden. Drittens: „Lassen Sie uns gemeinsam in Berlin für die Lösung der Altlasten, Ewigkeits- und Haftungsfragen im Interesse dieses Landes eintreten."

Christian Weisbrich (CDU) wandte sich an die SPD: „Hören Sie auf, die Bergleute dauerhaft zu belügen." Dass die Tür nicht verschlossen, sondern nur angelehnt sei, stelle zwar ein „wunderschönes Bild" dar, aber, so der Sprecher weiter:

„Die Bergleute hassen am meisten, dass ihnen permanent Versprechungen gemacht werden, die hinterher nicht eingehalten werden." Im Übrigen sei es die SPD gewesen, die, um sich persönlich zu profilieren und ihr „Biotop im Ruhrgebiet" zu erhalten, für Zeitverzögerung mit ihrer Forderung nach einem Sockelbergbau gesorgt habe. Wenn sich der Bund im Jahr 2012 für diesen Sockelbergbau entscheiden sollte, dann könne es nicht sein, dass sich NRW an der Finanzierung dieses Sockels beteilige. Es dürfe auch nicht geschehen, dass der Erlös des Börsengangs nicht nur für die Alt- und Ewigkeitslasten eingesetzt werde, sondern auch dafür, den Bergbau bis zum Jahr 2018 zu finanzieren, betonte Weisbrich.

Der subventionierte Steinkohlenbergbau sei energiepolitisch unsinnig und auf Dauer nicht finanzierbar. Was solle ein Sockelbergbau, „der gerade einmal 1,5 Prozent zusätzliche Energiesicherheit bedeutet"? Diese Einschätzung hätten bereits im September vergangenen Jahres die Gewerkschaft, die RAG und der Bundesfinanzminister für die SPD übernommen. Schon zur damaligen Zeit sei der sozialverträgliche Ausstieg einvernehmlich gewesen. Einvernehmen habe auch darin bestanden, dass der „weiße" Bereich der RAG eine vernünftige Entwicklungschance haben müsse, „die er unabhängig vom Börsengang nur dann hat, wenn die Mitfinanzierung der Verluste im Bergbau aufhört".

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE) sagte, beim Ende der 200-jährigen Bergbaugeschichte im Ruhrgebiet gehe es um insgesamt 40 Milliarden Euro, „die der Restbergbau in der aktiven Zeit kostet und die notwendig sind, um die Schäden zu beheben". Der Abgeordnete weiter: „Diese 40 Milliarden müssen zwischen dem Bund und im Wesentlichen dem Land Nordrhein-Westfalen verteilt werden." Das sei sehr riskant und könne zu erheblichen Einbußen und Verlusten des Landes führen. Wenn jetzt seit Mitte 2006 in Berlin verhandelt werde, dann „ist es wie immer bei der Kohle: eine organisierte Intransparenz, bei der die Parlamente außen vor gehalten werden". Für ihn sei der wichtigste Punkt die zukünftige Lastenaufteilung und Haftung. Es wäre vom Bund „zutiefst unanständig", NRW ab einem bestimmten Datum auf den Kosten sitzen zu lassen. In diesem Punkt sei die Intervention von Ministerpräsident Rüttgers „sozusagen last exit" gewesen. Ein anderer für ihn, Priggen, völlig undurchschaubarer Punkt sei die Konstruktion der geplanten Stiftung, „was sie machen kann, wer genau dafür haftet und wer in dieser Stiftung entscheidet". Ferner tauche in der Stiftungssatzung die Sicherung der Rechte der Berggeschädigten nicht auf. Es wäre hochriskant zu glauben, dass der Erlös aus dem Börsengang und die Rückstellungen ausreichten, die Ewigkeitslasten in Höhe von 400 Millionen Euro jährlich zu finanzieren.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, sagte zu den Kohleverhandlungen voraus: „Wir werden ein Gesamtergebnis bekommen, das das Ende des Subventionsbergbaus in NRW, in ganz Deutschland, festschreibt." Das sei ein historisches Ereignis. Der Abgeordnete: „Alles andere würden wir auch nicht akzeptieren." Dann könnten die Ressourcen, „die in den zurückliegenden Jahrzehnten unter rot-grüner Regie in NRW vergraben worden sind, endlich in die Zukunft unseres Landes investiert werden". Was die finanziellen Folgen für das Land angehe, wolle man eine faire Lastenverteilung zur Bewältigung der Ewigkeitskosten. Was da in Berlin ohne das Land NRW verabredet worden sei, hätte letztlich bedeutet, dass der „weiße" Bereich auch nach dem Börsengang für die laufende Finanzierung des Steinkohlenbergbaus „hätte verfrühstückt werden können". Der Bund habe über Jahrzehnte die Subventionierung des Steinkohlenbergbaus als nationale Aufgabe betrachtet, „dann darf der Bund uns in den Bergbaurevieren in NRW auch nicht allein lassen, wenn es um die Bewältigung der Folgelasten geht". Das Land brauche eine Entlastung bei den laufenden Auslaufsubventionen, um in Zukunftstechnologien, in Bildung und in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dieses Umsteuern müsse nach Ansicht der FDP schneller erfolgen: „Je früher wir aussteigen, desto mehr bleibt für Zukunftsinvestitionen übrig." Sein Appell: „Lasst uns alle die Ärmel hochkrempeln, jetzt beginnt der Tag X nach dem Bergbau!"

Fotos: Schälte